

Wie viel AHV darfs denn sein?

Die einzelnen AHV-Streitpunkte im Überblick.

Wie weiter mit der AHV? Gleich auf mehreren Ebenen wird heftig über die Zukunft des wichtigsten Sozialwerkes gestritten. Weil die Bevölkerung immer älter wird und gleichzeitig immer weniger Kinder geboren werden, droht die AHV ihr finanzielles Gleichgewicht zu verlieren. Ausserdem verändern sich die Ansprüche und Lebensgewohnheiten der Schweizerinnen und Schweizer sowie die Bedürfnisse der Wirtschaft. Alle Diskussionen kreisen um die Frage, welche AHV wir uns in Zukunft noch

leisten können. Dabei sind zwei Tendenzen feststellbar: Die Linke hofft auf den Wirtschaftsaufschwung, welcher der AHV automatisch zu höheren Einnahmen verhelfen soll. Mehrkosten für eine komfortablere AHV betrachtet sie deshalb als tragbar. Die Bürgerlichen dagegen warnen vor einem finanziellen Desaster, wehren sich gegen einen Ausbau der Leistungen und plädieren notfalls für die Erhöhung des Rentenalters. CASH zeigt, worüber im Einzelnen gestritten wird.

10. AHV-REVISION

DARUM GING ES: Die 1995 vom Volk angenommene Revision stand im Zeichen der Gleichberechtigung von Frau und Mann. So wurden eine zivilstandsunabhängige Rente und Erziehungs- und Betreuungsgutschriften eingeführt.

DAS WAR UMSTRITTEN: Weil das Frauenrentenalter schrittweise von 62 auf 64 angehoben wurde, sagten Gewerkschaften und SP dieser Revision den Kampf an. Pikant: Bundesrätin Ruth Dreifuss musste die Vorlage gegen ihre Überzeugung vertreten und wurde vom Bundesrat auf die 11. AHV-Revision vertröstet.

SO GING ES WEITER: Die Entscheide sind gefallen. Über die Revision wurde bereits abgestimmt, seit 1997 ist sie in Kraft. Eine Initiative, welche die Erhöhung des Frauenrentenalters rückgängig machen wollte, scheiterte 1998.

11. AHV-REVISION

DARUM GEHT ES: «Pensionierung à la carte» heisst das Motto der 11. AHV-Revision. Die angestrebte Flexibilisierung des Rentenalters soll sozialverträglich erfolgen. Weil sie gleichzeitig kostenneutral ausgestaltet werden soll, will der Bundesrat für die Abfederung lediglich jene 400 Millionen Franken aufwenden, die sich aus einer weiteren Anhebung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre ergeben.

DAS IST UMSTRITTEN: Je mehr Geld die Flexibilisierung kosten darf, desto mehr Menschen können sich eine frühere Pensionierung leisten. Deshalb wollte Bundesrätin Dreifuss 900 Millionen Franken in die Flexibilisierung investieren. Die Bürgerlichen stemmen sich aber gegen jede soziale Abfederung und verweisen auf Ergänzungsleistungen. Umstritten ist zudem die angestrebte Gleichbehandlung von Witwen und Witnern.

SO GEHT ES WEITER: Die Vorlage wird derzeit in den Kommissionen und im Frühling im Parlament beraten. Schon jetzt ist absehbar, dass aus der Flexibilisierungsvorlage eine reine Sparvorlage wird – eine weitere bittere Pille für Bundesrätin Dreifuss. Das Referendum ist nicht ausgeschlossen.

12. AHV-REVISION

DARUM GEHT ES: Diese Revision soll die AHV bis 2025 konsolidieren und muss daher eine Antwort auf das demografische Ungleichgewicht zwischen Rentenzahlern und Rentenbezüglern finden.

DAS IST UMSTRITTEN: Noch sind erst Konturen auszumachen, doch die Positionen werden bereits bezogen. Die Bürgerlichen drängen darauf, die Pensionierung hinauszuzögern, und provozieren mit Vorschlägen für eine massive Erhöhung des Rentenalters bis auf 68 Jahre. Es ist klar, dass gleichzeitig Leistungskürzungen und eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Debatte stehen werden.

SO GEHT ES WEITER: Bis Ende Jahr muss eine Expertengruppe dem Bundesrat den Zeitplan für die 12. AHV-Revision vorlegen. Gleichzeitig wird mit der Grundlagenarbeit begonnen. Witwenrenten, Flexibilisierung oder andere Elemente, die in der 11. AHV-Revision gescheitert sind, werden erneut diskutiert werden.

ABSTIMMUNGEN VOM 26. NOVEMBER

DARUM GEHT ES: Die Grüne Partei und der Schweizerische Kaufmännische Verband wollen mit ihren beiden Initiativen die Flexibilisierung des Rentenalters sofort einführen. Alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sollen sich ab 62 Jahren pensionieren lassen können, und zwar ohne Abstriche bei der Rente (Ruhestandsrente). Das kostet gemäss Bundesrat rund 1,1 Milliarden Franken. Auch diese Initiativen sind eine Reaktion auf die umstrittene Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision (siehe oben).

DAS IST UMSTRITTEN: Bundesrat und bürgerliche Parteien stossen sich an den Mehrkosten und argumentieren, diese seien nicht verkraftbar. Die Linke dagegen rechnet mit tieferen Kosten (750 Millionen Franken) und verweist dabei auf die Einsparungen bei der Invaliden- und Arbeitslosenversicherung sowie bei der Sozialhilfe.

SO GEHT ES WEITER: Beide Initiativen dürften von Volk und Ständen abgelehnt werden. Das Ergebnis wird sich auf die weiteren AHV-Diskussionen auswirken: Je höher der Nein-Stimmen-Anteil ausfällt, desto schlechtere Karten hat die Linke im Hinblick auf die 11. und 12. AHV-Revision in Händen.

VERKAUF DES NATIONALBANK-GOLDES

DARUM GEHT ES: Parallel zur Diskussion über die Ausgestaltung der AHV läuft die Debatte darüber, ob und wie viele Mittel aus dem Erlös der überschüssigen Nationalbank-Goldreserven in das Sozialwerk fließen sollen. Unter der Führung von Christoph Blocher plädiert die SVP dafür, sämtliche 1300 Tonnen Gold für die AHV einzusetzen. Damit soll die Solidaritätsstiftung torpediert werden, die ebenfalls mit den Goldreserven geäuft werden soll. Auch andere Parteien wollen das Gold für die AHV nutzen – allerdings ohne die Stiftung zu gefährden.

DAS IST UMSTRITTEN: CVP und FDP betrachten den Goldzustupf für die AHV als Tropfen auf den heissen Stein. Die AHV kostet im Jahr 2000 rund 27 Milliarden Franken. Die Erträge aus dem Golderlös betragen jährlich aber bloss 1,5 bis 2 Milliarden Franken.

SO GEHT ES WEITER: Blochers Goldinitiative ist bereits zustande gekommen. Die Diskussionen über die Verwendung der überschüssigen Goldreserven werden sich intensivieren. Weil sich die miserable Finanzlage der AHV auch mit dem Golderlös kaum verbessert, kommen Bundesrat und Parlament nicht darum herum, die 11. und die 12. AHV-Revision voranzutreiben.

Rentenalter 62 oder 68 – kostenneutral oder nicht?

Die beiden Kontrahentinnen Christine Egerszegi (FDP) und Christine Goll (SP) über die Flexibilisierung des Rentenalters.

Streit über die Zukunft der AHV: Am 26. November entscheiden Volk und Stände über zwei Initiativen für ein flexibles Rentenalter. Gleichzeitig beginnt das Parlament mit den Beratungen über die 11. AHV-Revision. Die beiden Nationalrätinnen und Sozialversicherungsexpertinnen Christine Goll (SP, ZH) und Christine Egerszegi (FDP, AG) kreuzen im CASH-Streitgespräch die Klänge.

GESPRÄCHSLEITUNG:
ANNETTA BUNDI, DANIEL GERNY

CASH: Frau Egerszegi, es sieht schlecht aus mit der AHV, wenn man den Prognosen der FDP glauben soll. Was kommt da auf die jungen Schweizer und Schweizerinnen zu?

CHRISTINE EGERSEZEGI: Es wird nicht nur für die Jugend prekär, sondern für alle Bevölkerungsschichten. Bei der AHV wissen wir bereits heute, wie viel Geld wir für die Auszahlung der Renten in dreissig Jahren ausgeben müssen. Wir sehen deshalb schon jetzt, dass ein grosses Loch droht, wenn wir jetzt keine Korrekturen vornehmen.

Bedeutet das demnach, dass Frau Goll gemäss Ihren Prognosen vielleicht keine oder nur eine tiefere Rente ausbezahlt werden kann?

EGERSZEGI: Wenn Frau Goll nicht dazu bereit ist, jetzt Korrekturen auf der Leistungsseite vorzunehmen, ist tatsächlich nicht sicher, ob sie einmal eine Rente erhält und wie hoch diese allenfalls sein wird.

Frau Goll, ohne Kürzungen auf der Leistungsseite sägen Sie also am Ast, auf dem Sie sitzen.

CHRISTINE GOLL: Die AHV als wichtigstes Sozialwerk ist Ausdruck für die Solidarität in diesem Land. Die Jungen von heute, die im Erwerbsleben stehen, finanzieren die Rente der Alten. Deshalb ist die Beschäftigungslage so wichtig. Wenn genügend Arbeit vorhanden ist, kann die AHV problemlos finanziert werden. Allen düsteren Prognosen zum Trotz konnten die Leistungen seit Bestehen der AHV bei einer blossen Verdoppelung der Beitragssätze 25-mal verbessert werden. Obwohl der Anteil der Rentner und Rentnerinnen an der Gesamtbevölkerung stetig steigt, musste der Beitragssatz seit 1975 nicht angehoben werden. Heute zeigt sich, dass die AHV aufgrund der positiven Wirtschaftslage mit 700 Millionen Franken im Plus abschliesst. Es besteht kein Anlass zur Panik, wie sie die Bürgerlichen veranstalten.

Frau Egerszegi, das heisst also, alles ist im Lot?

EGERSZEGI: Wir haben im Jahre 1999 ein zusätzliches Mehrwertsteuereingangs eingeführt und trotzdem hat die AHV negativ abgeschlossen. Wir konnten die demografischen Probleme also nicht auffangen.

GOLL: Im laufenden Jahr hat die AHV im Plus abgeschlossen.

EGERSZEGI: In diesem Jahr sieht es etwas besser aus. Aber die schwierigen Zeiten kommen erst. Frau Goll setzt alles auf ein Wirtschaftswachstum in einem Ausmass, wie wir es in der Ver-

gangenheit noch nie gekannt haben, und ruft gleichzeitig nach einem immer weiteren Ausbau der Sozialversicherungen sowie nach einer Kinderrente von 600 Franken pro Kind. Es ist völlig unrealistisch, über längere Zeit von einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent auszugehen. Doch genau das wäre notwendig, um eine AHV nach den Vorstellungen der Linken auf eine gesunde Basis stellen zu können.

GOLL: Es ist richtig, dass Wirtschaftsprognosen, die sich auf einen längeren Zeitraum beziehen, nicht zuverlässig sind. Deshalb müssen wir von der heutigen Realität ausgehen und endlich damit aufhören, den Leuten mit Horrorzahlen Angst einzujagen. Es ist ungläubwürdig, wenn Sie den Leuten jahrelang predigen, es sei kein Geld für soziale Sicherheit vorhanden, und gleichzeitig steuerliche Entlastungen für die Reichen beschliessen.

Aber die demografische Entwicklung ist eindeutig: Es gibt immer mehr Rentner; die AHV wird teuer. Und trotzdem unterstützt die SP eine Initiative, die Mehrkosten von bis zu zwei Milliarden Franken pro Jahr zur Folge hat. Wie soll das gehen?

GOLL: Die Kosten sind unter dem Strich wesentlich tiefer. Der Bundesrat rechnet bei der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung mit Einsparungen von 900 Millionen Franken in den übrigen Sozialwerken. Wir rechnen bei der Sozialhilfe und den Überbrückungsrenten der zweiten Säule, die bei Frühpensionierungen anfallen, mit weiteren Minderausgaben in Höhe von 350 Millionen Franken.

Bleiben 750 Millionen Franken für eine sozial gerechte Ruhestandsrente. Das muss sich die reiche Schweiz leisten können.

Aber weshalb ist es notwendig?

GOLL: Weil im Hinblick auf die Pensionierung nicht alle Arbeitnehmenden die gleichen Voraussetzungen haben: Wer einen harten Job hat, wer schlechte Qualifikationen hat und wer damit meistens auch weniger verdient, ist früher ausgepumpt. Eine Studie zeigt beispielsweise, dass 43 Prozent aller Bauarbeiter vor dem Erreichen des Rentenalters invalid werden oder sterben. Es braucht deshalb eine Lösung, die es jenen Leuten, die am härtesten arbeiten, auch finanziell erlaubt, sich früher aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen.

EGERSZEGI: Wenn wir heute den Kopf in den Sand stecken, knirschen wir morgen mit den Zähnen, sagte meine Grossmutter immer. Die SP will einfach nicht wahrhaben, dass wir es mit einem demografischen Problem zu tun haben. Wenn die Babyboomer ins Pensionsalter kommen, werden wir grosse Verschiebungen von der Erwerbstätigen- zur Nichterwerbstätigen-Generation haben. Das kostet.

Aber die Frage, ob wir uns 750 Millionen Franken für ein flexibles Rentenalter leisten wollen, ist doch in erster Linie eine politische und nicht eine rechnerische Frage?

EGERSZEGI: Wir sind nicht gegen eine Flexibilisierung, aber sie muss kostenneutral ausfallen. Die von Ihnen vorgeschlagene Flexibilisierung kostet 1,6 Milliarden Franken. Wir würden also neue Mittel benötigen, etwa indem wir die Mehrwertsteuer erhöhen. Damit ziehen wir allerdings ausgerechnet jenen überproportional viel Geld aus der Tasche, die es sich am wenigsten leisten können: schlechter gestellten Familien nämlich.

GOLL: Das Geld wäre vorhanden, wenn es die bürgerlichen Parteien nicht für Steuergeschenke an die Banken und an die einkommensstarken Bevölkerungsgruppen ausgeben wollten.

EGERSZEGI: Ideal wäre es meines Erachtens, wenn alle je nach Gesundheit und sozialer Umgebung das Rentenalter zwischen 62 und 68 frei wählen könnten.

GOLL: Genau das verlangen die beiden AHV-Initiativen.

EGERSZEGI: Aber es geschieht nicht kostenneutral. Der flexible Altersrücktritt ist nur mit einem versicherungstechnischen Abzug finanzierbar. Wo es nötig ist, werden Ergänzungsleistungen ausbezahlt.

Es gibt bei Ihren Initiativen in der Tat keinen Grund, länger als bis 62 zu arbeiten...

GOLL: ... das ist nicht wahr. Auch nach einer Annahme der Initiativen wird niemand daran gehindert, bis 65 zu arbeiten.

Aber was spricht denn dagegen, bei einer früheren Pensionierung die Rente zu kürzen und in bestimmten Fällen Ergänzungsleistungen auszubehalten?

GOLL: Damit schwenken wir vom Sozialversicherungs- auf ein Bedarfsleistungs-Prinzip über. Wozu das führt, kann man schon heute beobachten: Mehr als ein Drittel jener Personen, die heute Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben, verzichten darauf, weil sie das Gefühl haben, zu Bittstellern degradiert zu werden. Es ist für die Solidarität des Landes aber wichtig, dass über die AHV alle Bevölkerungskreise sozial abgesichert und nicht einfach Rücktrittsmodelle für Reiche finanziert werden.

EGERSZEGI: Dass sich auch einkommenschwächere Personen eine frühzeitige Pensionierung mit Hilfe von Ergänzungsleistungen erlauben können, ist ja keine freisinnige Idee: Das hat der Bundesrat in seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision festgehalten. Natürlich besteht eine gewisse Hemmschwelle, Ergänzungsleistungen zu beantragen. Aber wer sie benötigt, wird nicht zum Bittsteller, sondern nimmt ein Recht in Anspruch.

Frau Egerszegi, ist die Erhöhung des AHV-Alters bei der Debatte über die 11. AHV-Revision schon ein Thema?

EGERSZEGI: Es stellt sich die Frage, wie wir die AHV finanzieren wollen...

Heisst das, dass auch eine Erhöhung des Rentenalters nicht ausgeschlossen ist?

EGERSZEGI: Die zuständige Kommission hat die Diskussion über das Rentenalter auf die Zeit nach der Abstimmung über die Initiativen verschoben. Es macht keinen Sinn, ohne Kenntnis der Abstimmungsergebnisse über das Rentenalter zu diskutieren.

Aber gehen Sie davon aus, dass nach der Abstimmung vom 26. November über das Rentenalter 66 oder 67 diskutiert wird?

EGERSZEGI: Über das Rentenalter 66 muss im Zusammenhang mit der 11. AHV-Revision gesprochen werden, und zwar vor allem dann, wenn es uns nicht gelingt, an einem anderen Ort Einsparungen zu machen.

Frau Goll, warum ist für Sie die Erhöhung des Frauenrentenalters ein Tabu, wo es doch erst 1964 auf 62 Jahre gesenkt worden ist?

GOLL: Ein hohes und starres Rentenalter bringt keine Einsparungen, sondern bloss eine Verlagerung der Kosten. Es ist beschönigend zu sagen, die Situation auf dem Arbeitsmarkt habe sich für ältere Personen wieder verbessert. Diese Aussage entspricht ganz einfach nicht der Realität: Fast die Hälfte arbeitet schon vor Erreichen des Rentenalters nicht mehr.

Mit Ihrem Widerstand gegen jede Rentenalter-Erhöhung politisieren Sie aber am Volk vorbei: Es hat sich mehrmals für die Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesprochen...

GOLL: Meinungsumfragen belegen, dass es einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht, das Rentenalter zu flexibilisieren. Insofern ist die Diskussion über ein starres Rentenalter völlig überflüssig.

EGERSZEGI: Tatsache ist aber, dass sich das Volk mehrmals für die Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesprochen hat. Gleichzeitig, als das Volk die 10. AHV-Revision guthiess, ist auch über eine Initiative zur Ruhestandsregelung abgestimmt worden. Das Volk hat sie mit 72 Prozent der Stimmen bachab geschickt. Die Bevölkerung hat also ganz klar Stellung genommen, Frau Goll. Sie hat Ihre Wünsche abgelehnt.

In den Debatten über die 11. AHV-Revision wird also eine weitere Erhöhung des Rentenalters zur Sprache kommen: Wo liegt für Sie die Schmerzgrenze, Frau Goll?

GOLL: Die Flexibilisierung des Rentenalters ist unbestritten. Der Streit dreht sich um die Frage, wie sie ausgestaltet werden soll. Das bundesrätliche Modell lehnen wir ab, weil es dazu führt, dass sich nur Gutverdienende eine vorzeitige Pensionierung leisten können. Wie man in diesem Zusammenhang von einer «sozialen Abfederung» sprechen kann, ist mir schleierhaft.

Werden Sie das Referendum ergreifen, wenn das Parlament dem Vorschlag des Bundesrates folgt?

GOLL: Der Bundesrat will mit der 11. AHV-Revision insbesondere auf Kosten der Frauen 1,2 Milliarden Franken einsparen. Diesen Sozialabbau können wir nicht hinnehmen. Denn gleichzeitig will der Bundesrat den Banken und den hohen Einkommen Steuergeschenke von 1,4 Milliarden machen. Der grösste Sparbrocken, der bei der 11. AHV-Revision vorgesehen ist, fällt bei der Abschaffung der Witwenrente an. Dort sollen 800 Millionen eingespart werden. Das heisst, sieben von zehn Frauen sollen in Zukunft keine Rente mehr erhalten.

Wird die Regelung der Witwenrente auf die 12. AHV-Revision verschoben werden, Frau Egerszegi?

EGERSZEGI: Ja. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung ist wenig überzeugend. Die Frage, wieso eine Witwe vom Zürichberg, die sehr gut verdient, einer finanziell schlechter gestellten Witwe gleichgestellt werden soll, muss möglicherweise schon heute diskutiert werden.

GOLL: Das ist eine gefährliche Argumentation, denn sie stellt letztlich die Solidarität der AHV in Frage. Die AHV ist ein Sozialwerk, das Leistungen für die ganze Bevölkerung

erbringt. Der «Vater» der AHV, alt schon bald sehr viel mehr Personen Bundesrat Hans Peter Tschudi, hat Renten beziehen werden. Deshalb immer betont, dass Millionäre nicht werden wir nicht darum herum auf die AHV angewiesen sind, die kommen, Leistungsanpassungen AHV aber sehr wohl die Millionäre vorzunehmen. Mit dem Nationalbrauche. Wenn Sie jetzt sagen, die bank-Gold können wir die Proble-Witve vom Zürichberg brauche die me der AHV nicht lösen. Viel klüger AHV nicht, dann wird der Solida- ist es, das Gold zur Schuldentilgung ritätsgedanke aufs Spiel gesetzt, wel- einzusetzen. cher der AHV zu Grunde liegt.

EGERSZEGI: Für mich ist wichtig, dass die AHV-Last nicht auf eine einzige Bevölkerungsschicht abgewälzt wird. Alle müssen einen Beitrag dazu leisten, die Sozialwerke zu sanieren: die Frauen mit dem Rentenalter, die Selbständigerwerbenden mit einem höheren Beitrag, die Rentner durch die Anpassung der Teuerung. Nur so kann die AHV wieder auf gesunde Beine gebracht werden.

Der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher will mit einer Initiative zur Finanzierung der AHV auf die Goldreserven der Nationalbank zurückgreifen: Was halten Sie davon?

EGERSZEGI: Wir haben in der AHV einen jährlichen Umsatz von 26 Milliarden Franken. Mit der Gold-Initiative kämen im allerbesten Fall rund 750 Millionen hinzu – das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Damit liesse sich aber immerhin die von der Linken geforderte Flexibilisierung bezahlen...

EGERSZEGI: Ja, aber dann haben wir dieses Geld grad wieder ausgegeben. Man darf nicht vergessen, dass

GOLL: Um die AHV langfristig finanzieren zu können, ist es nötig, verschiedene Geldquellen zu prüfen. Deshalb unterstützen wir das überparteiliche Komitee «für eine sichere AHV». Es will ihr mit einer nationalen Erbschaftssteuer zu neuen Einnahmen verhelfen. Zudem ist vorgesehen, die Gewinne der Nationalbank ebenfalls in die AHV zu stecken. Die Gold-Initiative der SVP lehnen wir ab, weil die SVP damit bloss die Solidaritätsstiftung killen will.

Werfen wir kurz noch einen Blick in die Zukunft, Frau Egerszegi. Glauben Sie, dass Sie mit 65 noch im Erwerbsleben stehen werden?

EGERSZEGI: Ich hoffe, dass ich dazu noch in der Lage sein werde. Ich setze mich dafür ein, dass wir uns eine gute Flexibilisierung leisten können.

Und Sie, Frau Goll?

GOLL: Wenn bis dahin bei einer Frührentenierung die Renten immer noch gekürzt werden, kann ich mir eine Pensionierung mit 62 schlicht nicht leisten.

PRO AUSBAU

CHRISTINE GOLL, 44, wohnt in Zürich und ist seit 1991 im Nationalrat. Sie wurde als Vertreterin der FraP (Frauen macht Politik!) gewählt und wechselte erst 1997 zur SP. Vor zwei Wochen wurde sie zur Vizepräsidentin der Partei gewählt. Goll setzt sich in Bern vor allem für soziale und feministische Anliegen ein. Die Reallehrerin sass bis 1991 im Zürcher Kantonsrat. Goll ist verheiratet und hat zwei Kinder.

CONTRA AUSBAU

CHRISTINE EGRSZEGI, 52, wohnhaft in Melligen AG, sitzt seit 1995 für die FDP im Nationalrat. Seither hat sie sich vor allem in Fragen der Gesundheits- und der Sozialpolitik engagiert. Gegen die Mutterschaftsversicherung kämpfte sie an vorderster Front. Auch im Kanton Aargau war sie bis 1998 politisch tätig. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. In ihrer Freizeit tritt die Sprachlehrerin auch als Kabarettistin auf.